

## **Antrag**

**der Abgeordneten Lena Zagst, Dennis Paustian-Döscher, Eva Botzenhart,  
Alske Freter, Sina Imhof, Jennifer Jasberg, Lisa Kern, Lisa Maria Otte,  
Dr. Till Steffen, Mareike Engels, René Gögge, Michael Gwosdz, Linus Jünemann,  
Zohra Mojadeddi (GRÜNE) und Fraktion**

**und**

**der Abgeordneten Urs Tabbert, Milan Pein, Arne Platzbecker, Britta Schlage,  
Olaf Steinbiß, Sarah Timmann, Carola Veit (SPD) und Fraktion**

**Haushaltsplan-Entwurf 2021/2022**

**Einzelplan 2**

**Betr.: Hamburgs Zukunft zu allen Zeiten klug, sozial und nachhaltig gestalten:  
Projekt „Schule mit Recht“ in der Corona-Pandemie digital fortführen**

Seit 2019 bringt das Projekt „Schule mit Recht“ auf Initiative der damaligen Justizbehörde mit Unterstützung der Behörde für Schule und Berufsbildung den Hamburgischen Schülern/-innen die Bedeutung unseres Rechtsstaats nahe. Über 200 Juristen/-innen aus den unterschiedlichen Berufszweigen vermitteln in Schulen ihren praktischen Alltag und berichten etwa über Gerichtsbesuche und aktuelle Fälle. Schüler/-innen erhalten so einen Einblick in juristische Berufe als eigene mögliche Perspektive nach dem Schulabschluss. Gleichzeitig veranschaulichen die Veranstaltungen die Funktionen des Rechts für unsere Gesellschaft.

Wie in vielen anderen Bereichen hat die Corona-Pandemie seit März 2020 das Projekt fast vollständig zum Erliegen gebracht. Das Projekt hatte bisher in Präsenzveranstaltungen stattgefunden, etwa durch Unterrichts- und Gerichtsbesuche oder Projektwochen, die durch die notwendigen Einschränkungen zur Eindämmung der Pandemie unmöglich wurden.

Die Ziele des Projekts können und sollen nun digital weiterverfolgt werden. Dies ist vor allem für die Abschlussklassen besonders wichtig, die sich über ihre beruflichen Möglichkeiten informieren möchten. Angesichts der Dauer der Pandemie ist nicht absehbar, ab wann Präsenzunterricht sowie die Durchführung dieses Projekts in Präsenz wieder möglich sind. In Fächern wie Politik/Gesellschaft/Wirtschaft könnte sich das Projekt gut eignen, um die Auswirkungen der Pandemie auf die rechtsstaatlichen Institutionen zu erörtern. Für die potenziellen Dozenten/-innen, von denen viele derzeit im Homeoffice arbeiten, würde das Projekt so zeitsparender, weil Anfahrtswege wegfallen würden, und könnte somit noch attraktiver werden.

Für die digitale Fortführung des Projekts können die Schulen die vorhandenen Plattformen für den Fernunterricht zur Verfügung stellen. Ein erheblicher finanzieller oder organisatorischer Mehraufwand ist daher nicht zu erwarten. Dies steht den erheblichen Vorteilen für die Schüler/-innen und Dozenten/-innen gegenüber und würde der Justiz die Möglichkeit geben, sich modern zu präsentieren.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird ersucht,**

1. zu prüfen, ob und inwieweit die Zielsetzungen des Projekts „Schule mit Recht“ auch mit digitalen Formaten sinnvoll verfolgt werden können, und gegebenenfalls kurzfristig ein Konzept hierfür zu entwickeln.
2. der Bürgerschaft bis zum 25.01.2022 zu berichten.